

## Visionsvortrag KEP Witten

Sehr geehrte Damen und Herren,

sowohl von unserem Moderator, Herrn Richter, als auch von den Mitgliedern des Kulturkreises bin ich gebeten worden, hier einige Gedanken zu entwickeln. Eine gemeinsame Sicht des Kulturkreises ließ sich in der Kürze der Zeit nicht erarbeiten. So lassen Sie mich, obwohl meine Zweifel lange nicht ausgeräumt sind, noch fruchtbaren Boden dafür zu finden, zumindest meine Persönliche vorbringen.

Die Finanzen sollen keineswegs zentrales Thema sein, aber lassen Sie mich an diesem Beispiel dennoch versuchen, einige strukturelle Fragen darzustellen. Das Kulturforum stellt sich als Konstrukt dar, dass verschiedene Ressorts – und damit sind nicht die Institute gemeint – miteinander vermischt.

Die Förderung von Kunst und Kultur obliegt nach der Landesverfassung den Gemeinden. Von einer zwischengeschalteten Institution ist dort nicht die Rede.

Nun haben wir in Witten aber dieses seltene, wenn nicht gar im Kulturbereich einmalige Konstrukt. Für die Kulturförderung sollten nach den Vorstellungen der Koalitionsparteien im Land aus 2012 etwa 3 Prozent des Haushaltvolumens einer Kommune – gerade auch unter Haushaltssicherung - durch einen Schutzriegel vor dem Zugriff von GPA und Kommunalaufsicht bewahrt werden. Auf die ausgebliebene Umsetzung will ich nicht weiter eingehen.

Ein Betrag dieser Größenordnung steht mit dem Etat des Kulturforums scheinbar für die Kultur zur Verfügung. Doch dem ist nicht so. Wie Herr Steimann beim letzten Workshop ausführte, stehen für operative Kulturaufgaben jährlich etwa 600.000 Euro zur Verfügung, gerade einmal ein Zehntel des angedachten Wertes.

Hier liegt der Hase im Pfeffer. In einem Gespräch mit Oliver Keymis, dem Vizepräsidenten des Landtages NRW und kulturpolitischen Sprecher seiner Fraktion, habe ich erfragt, welche Vorstellung denn seitens der Landesparteien bestünde, welche Kosten Gegenstand des Kulturetats seien bzw. welche eben nicht dazu gehörten.

Lassen Sie mich die Kostenansätze benennen, die mir als nicht zur Kulturförderung gehörig benannt wurden, und gleichwohl den überwiegenden Kostenanteil im hiesigen Kulturforum ausmachen:

- Dies sind zum einen pflichtige Aufgaben, zu denen das Stadtarchiv zählt.
- Des weiteren ist es der Betrieb der Immobilienverwaltung, also Instandhaltung, Umbauten, alles, was üblicherweise dem Hochbauressort zuzuordnen ist.
- Darüber hinaus sind es aber auch die Aufwendungen für das Verwaltungspersonal, das dem operativen Betrieb zuarbeiten soll, einschließlich gerade auch der Vorruhestandsregelungen und Pensionslasten.

Dies erklärt, warum es in Witten eine große Differenz zwischen vermeintlichem Kulturetat und tatsächlicher Kulturförderung gibt. Hier muss der Blick geschärft werden für den verfassungsgemäß zu fördernden Bereich von Kunst und Kultur in Abgrenzung zu den Kosten der Bauten und Liegenschaften sowie der Verwaltung.

Als operatives Geschäft sind die Förderung der traditionellen lokalen Veranstalter im Theater wie auch der freien Szene zu sehen, aber auch der Unterrichtsbetrieb der Musikschule, die Etats für Ausstellungen und Ankäufe des Museums, für Veranstaltungen und Medien der Bibliothek.

Verstehen Sie mich bitten nicht falsch: Es geht nicht darum, den Gesamtetat der Anstalt entgegen den gegenwärtigen Möglichkeiten aufzuweiten. Dennoch sollte darüber nachgedacht werden, ob Zielvorgaben nicht anders gesetzt werden müssten. Ich stelle mir einen aufgrund der inhaltlichen Betrachtung und Bewertung definierten Rahmen für

die eigentlich Kulturförderung vor, eine Kulturförderung, die auch objektiv als solche anzusehen ist. Dieser wäre in offener und öffentlicher Diskussion zu finden.

Die Vermengung der Sachgebiete innerhalb des Kulturforums führt dazu, dass Immobilienbetrieb und Verwaltungsaufgaben anwachsen zu Lasten des eigentlichen operativen Geschäfts. Es sollte hier der umgekehrte Weg beschritten werden, ein – im Rahmen des Machbaren – Maximum an Kultur zu ermöglichen und die Verwaltung auf ein Minimum zu verschlanken.

Hierzu gehört auch, auf eine Überbürokratisierung zu verzichten, die letztlich zu nichts anderem führt, als einem unnötigen Aufblähen der Verwaltung zu Lasten echter kultureller Arbeit. Ich denke hier an eine deutliche Entschlackung der auf Großveranstaltungen angelegte Verträge, haben doch Jahrzehnte lang Verwaltung und örtlichen Partner auch ohne diesen Ballast problemlos miteinander kooperiert. Ich

denke an Kleinlichkeiten wie die zentralisierte Verwaltung und Beschließung von Räumen, unnötige Einschränkungen von Kompetenzen der Institutsleiter – kurz und gut – eine beständige Verkomplizierung des Umganges miteinander.

Nicht das Kulturschaffen sollte an den Rand gedrängt werden, sondern die Verwaltung sollte Raum geben für einen kreativen Kulturbetrieb. Dabei kommt auch dem Betriebsklima und der Kommunikation der Fachinstitute mit den Künstlern und Vereinen der jeweiligen Sparte und darüber hinaus große Bedeutung zu.

Es tut Not, hier offen miteinander Reden zu können, um Ideen und Projekte zu entwickeln, die gerade bei knappen Kassen überhaupt noch Kultur ermöglichen. Verwaltung, die doch eigentlich Kultur unterstützen soll, darf nicht zum Selbstzweck werden. Es sollte über alle Probleme und Chance im fachlichen Betrieb offen und vorbehaltlos diskutiert werden. Respektvoller Umgang zwischen Mitarbeitern, Kunden

und engagierten Fachleuten, die an einem lebendigen Gemeinwesen interessiert sind, sollte die Regel sein. Politik, so wünsche ich mir, sollte ein offenes Ohr für diese Diskussionen haben.

Ich versuche, mir vorzustellen, wie eine Schule, etwa ein Gymnasium – ebenfalls eine Anstalt öffentlichen Rechts, wohl funktionieren würde, wenn der Schulleiter sich nicht auf seine Fachschaften stützen, sondern ständig neue Vorgaben eines lokalpolitischen Gremiums umsetzen müsste. Es wäre zumindest schwierig, dann noch einen sinnvollen Unterrichtsbetrieb sicherzustellen.

Was aber dem Kulturforum sicher fehlt, ist ein Ombudsmann, ein Vertreter der Politik, der für jeden Mitarbeiter im Hause ein offenes Ohr hat, ein Kulturbeauftragter sozusagen, der die Probleme im Hause seinen Kollegen im Rat auf Augenhöhe schildert.

Kreative Offenheit, kommunikatives Miteinander und das Zugestehen größerer Eigenverantwortung an die Institute ist wichtig für eine lebendig sich entwickelnde Kulturszene. Das Kulturbüro sollte hier, wie es vom Rathaus in Bezug auf das von Fördermitteln abhängige Baugeschehen herausgestrichen wird, der Lotse zu sein um Mittel, die von der Kommune nicht selbst zur Verfügung gestellt werden können, in Form von externen Förderungen und Drittmitteln für die Kulturschaffenden und mit diesen gemeinsam einzuwerben.

Dabei ist es nicht Aufgabe der Verwaltung, die ja selbst keine künstlerischen Leistungen erbringt, Drittmittel für sich selbst zu akquirieren, die dann für die Projekte der Künstler und Vereine nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Kulturverwaltung soll aus Steuermitteln Kunst und Kultur fördern. Wo sie dies nicht schafft, darf sie nicht auch noch in Konkurrenz zu den Kulturschaffenden treten und Sponsorenmittel zunächst an sich binden.



Gleichwohl kann ein Kulturforum auch eine Chance sein, insbesondere hinsichtlich eines gemeinsamen Marketings, einer Marke ‚Saalbau‘ etwa. Es wäre sicherlich eine Maßnahme der Kulturförderung, alle Veranstaltungen im Hause, insbesondere die der lokalen Veranstalter und Vereine, mit den gegebenen Mitteln der Außenwerbung anzukündigen.

Es wäre auch eine Möglichkeit, ähnlich dem Modell des Dortmunder Konzerthauses, Programme verschiedener Veranstalter in einem Programmheft zu präsentieren, für eine geeignete Basis im Kartenvertrieb zu sorgen, für die auch die Möglichkeit eines Rotationssystem für Abonnements eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Übergreifende Eintauschmöglichkeiten von Tickets und der Fernverkauf für alle Veranstalter wären dann möglich.

Letztendlich sollte auch das Stadtmarketing für die Interessen der Wittener Kultur verpflichtend gewonnen werden. Wie die Bewerbung von Kultur weit über die Stadtgrenzen hinaus funktionieren kann, macht uns Bremen regelmäßig vor. Aufgabe ist es doch nicht, die Bürger aus der Stadt zu entfernten Zielen zu bewegen, sondern die Menschen aus der Umgebung zur Stärkung von Kultur und Kommerz in die Stadt zu locken.

Lassen Sie mich noch eine Punkt erwähnen, der mir ein besonderes Anliegen ist: Die Musikschule! Das Programm ‚Jedem Kind ein Instrument‘ ist in Witten flächendeckend ausgebaut. Der erste, noch mit wenigen Klassen begonnene Jahrgang besucht inzwischen weiterführende Schulen. Es mag sein, dass der seit zwanzig Jahren sattsam sich ankündigende Demografische Wandel bis zum letzten Jahr rückläufige Geburtenraten zeigte. Nach Angaben der Bundesregierung ist dieser Trend schon gestoppt. Mit JeKi werden aber entgegen dieser Entwicklung deutlich mehr Kinder, als

zuvor, an das Musizieren herangeführt, wollen demnächst einen Musikschulplatz haben. Und: Was tun wir, damit es nicht dazu kommt, dass Witten in knapp zwei Jahrzehnten nur noch ein Drittel seiner Einwohner hat? Brauchen wir nicht junge Menschen, Zuzug von jungen Familien, statt fatalistisch diese Entwicklung zu zementieren? Ist nicht jedes Angebot für Kinder und Jugendliche wichtiger denn je, damit junge Menschen, künftige Generationen nicht abwandern?

Es gäbe so viele Möglichkeiten, Künstler und Vereine in das offizielle Kulturgesehen der Stadt einzubinden. Man muss es nur wollen!

Witten, 12.10.2013

Martin Schreckenschläger